

[Newsletter Januar]



Inhalt

Editorial	2
Vergabegesetz sollte keine vergebene Liebesmüh sein	2
Thüringen braucht kein Sitzenbleiben	2
Halbherzige Anträge statt ernsthaftem Verbraucherschutz	3
Intelligente Verkehrspolitik statt Flickschusterei	3
Ministerversorgung geregelt – aber nicht konsequent	3
Hohes Restrisiko – Thüringen sagt „Nein“ zur Atomkraft	4
Für ein humanitäres Bleiberecht	5
Meine Daten gehören mir	5
Der (fast schon traditionelle) Blick in Carsten Meyers Plattenschrank	5
Wir sehen uns	6



Liebe Freundinnen und Freunde,

Thüringen hat ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit! Doch damit enden die guten Nachrichten auch schon. Wir waren das letzte Bundesland, das noch kein derartiges Programm hatte – das nun vorliegende wird uns aber auch nicht nach ganz vorne katapultieren. Dazu sind die qualitativen Mängel zu groß. Nicht nur, dass es nach dem Bekenntnis des Landtages vom September 2009, „entschlossen gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen“, fast anderthalb Jahre dauerte, bis das Landesprogramm vorlag. In dieser Zeit sind auch wichtige AkteurInnen abgesprungen. Insbesondere die ziellosen Debatten um den Extremismusbegriff haben viel zu viele ehrenamtliche, lokale Aktive verschreckt. Zudem fehlt es unter anderem an niedrighschwelligem Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte und konkreten Ansätzen zur Stärkung der demokratischen Bildung in Schulen und Vereinen. Gleichzeitig betrachten wir mit Sorge die derzeitige Debatte auf Bundesebene zur Extremismus-Klausel. Wir halten es für

kontraproduktiv, von allen, die sich engagieren wollen, ein schriftliches Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verlangen. Das sehen auch Linke und SPD so. Doch während die Linke auch einen entsprechenden Antrag einbrachte, lehnte die SPD diesen ab. Wir wollten den Sozialdemokraten die Hand reichen und ihnen mit einem eigenen Antrag die Zustimmung ermöglichen. Aber Fehlanzeige! Einmal mehr opferte die SPD ihre Glaubwürdigkeit der Koalitionsräsön. Peinlich war auch der Auftritt des FDP-Fraktionschefs Uwe Barth. Er relativierte die Einzigartigkeit der Nazi-Verbrechen und versuchte einen völlig deplatzierten DDR-Vergleich. Am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ein Totalausfall!

Solchen Entwicklungen werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fakten und konkretes Handeln entgegen setzen. Auch beim Einsatz für ein starkes, weltoffenes und tolerantes Thüringen werden wir nicht nachlassen.

Herzlichst,

Eure Fraktionsvorsitzende
Anja Siegesmund

„...beim Einsatz für ein starkes, weltoffenes und tolerantes Thüringen werden wir nicht nachlassen.“

Vergabegesetz sollte keine vergebene Liebesmüh sein

In der vergangenen Woche fand im Rahmen des Wirtschaftsausschusses des Thüringer Landtages die Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Förderung des Mittelstandes (ThürVgMfG) statt.

Es sind verschiedene Regularien vorgesehen, die bei der Beauftragung von öffentlicher Hand an private UnternehmerInnen zu beachten sind. So können nach dem derzeitigen Gesetzestext bei der Auswahl der AuftragsnehmerInnen zum Beispiel ökologische-, soziale- und Gleichstellungsgesichtspunkte berücksichtigt werden. Die grüne Landtagsfraktion in Thüringen begrüßt grundsätzlich dieses Ansinnen, denn es ist eben nicht gleichgültig, ob zum Beispiel bei der Sanierung einer Landesbehörde Dumpinglöhne gezahlt oder Arbeitszeitbegrenzungen nicht eingehalten werden. **„Allerdings gehen uns die Regelungen nicht weit genug. Wir wollen klarstellende, verbindliche und transparente Formulierungen für die Festlegung der Mindeststandards und werden dementsprechende Änderungsanträge formulieren“**, so der wirtschaftspolitische Sprecher Dirk Adams. Davon profitieren beide VertragspartnerInnen. Auftragnehmer wissen, ob es sich für sie lohnt, an dem Ausschreibungsverfahren teilzunehmen und die öffentliche Hand hat somit indirekt die Möglichkeit, auf die sozio-ökologischen Standards der Privatwirtschaft Einfluss zu nehmen.

„Gerade bei einem Wirtschaftsminister Machnig, der gerne vom ‚grünen Motor Thüringen‘ spricht, sollte vor allem die Beachtung ökologischer Standards eine Selbstverständlichkeit sein“, so Dirk Adams weiter.

Warum der Gesetzentwurf eine gleichzeitige Förderung des Mittelstandes vorsieht, ist nicht nachvollziehbar. Damit wird die Materie nur noch komplexer und unübersichtlicher. Viel besser ist es, sich auf das wesentliche zu konzentrieren und dies dann auch praktikabel zu gestalten.

Einen datenschutzrechtlichen Fauxpas hat sich die Landesregierung auch im Gesetzentwurf geleistet. So ist eine Kontrollbefugnis des Auftraggebers beim Auftragnehmer vorgesehen, dass die sich aus dem Gesetz ergebenden Kriterien auch tatsächlich eingehalten werden. Auftraggeber können zum Beispiel die Stadtwerke Erfurt sein etc. Das hieße, ein nicht näher definierter Personenkreis wäre dazu ermächtigt, von persönlichsten Daten (z.B. Gehaltsunterlagen) der Arbeitnehmer und sogar Zulieferer Kenntnis zu erlangen. Was hier gut gemeint ist, wird datenschutzrechtlich ins Gegenteil konterkariert. **„Es geht den öffentlichen Auftraggeber nichts an, welche Steuerklasse jemand hat, woraus durchaus Rückschlüsse auf die Familienverhältnisse gezogen werden können“**, erklärt Dirk Adams. „Diese Aufgabe soll nur von zur besonders autorisierten und zur Verschwiegenheit verpflichteten Stellen ausgeübt werden dürfen“, schließt Dirk Adams.

Thüringen braucht kein Sitzenbleiben Astrid Rothe-Beinlich: Gute individuelle Förderung erspart Klassenwiederholungen

„Zwar erwägt Thüringen einen freiwilligen Verzicht auf die Notenvergabe an den Schulen, aber das freiwillige Verzicht auf das Sitzenbleiben soll den Thüringer Schulen nicht ermöglicht werden. Das ist alles andere als konsequent, denn die Abschaffung des Sitzenbleibens wäre ein guter Beitrag für ein chancengerechtes und leistungsstarkes Schulsystem. Andere Bundesländer wie Hamburg und Berlin haben es vorgemacht“, sagt Astrid Rothe-Beinlich, unsere bildungspolitische Sprecherin im Thüringer Landtag. „Zwar wurde in der parlamentarischen Beratung eine ernsthafte Debatte zugesagt, diese fand jedoch keineswegs statt. Im Zuge der Novellierung des Thüringer Schulgesetzes wurde das Thema ausgeklammert und anschließend mit dem Hinweis auf das neue Schulgesetz abgelehnt. Es hieß, das neue Schulgesetz eröffne bereits die Möglichkeit für einzelne Klassenstufen, Schulformen oder Schularten auf eine Versetzung oder die Versetzungswirksamkeit einzelner Fächer zu verzichten. Die Rechtsverordnung liegt dazu jedoch noch nicht vor und welches Konzept in den einzelnen Schulen umgesetzt werden kann, ist bisher auch noch nicht bekannt“, erläutert Astrid weiter.

„Derzeit werden sowohl die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf individuelle Förderung, der sich im novellierten Schulgesetz findet, als auch die Schulordnung beraten, über die im Bildungsausschuss allerdings lediglich noch ein Benehmen hergestellt werden soll. Wir hätten uns gewünscht, dass dies genutzt wird, um über Alternativen zu Klassenwiederholungen ins Gespräch zu kommen – ebenso auch über Fragen der Bewertung von Leistungen. Schließlich sollte es doch unser gemeinsames Ziel sein, jedes Kind zu einem Schulabschluss zu führen, unabhängig davon, welche Voraussetzungen es mitbringt. Der geeignete Zeitpunkt für eine solche Debatte wurde nicht genutzt, letztlich musste das anfängliche Interesse wieder einmal mehr der Koalitionsdisziplin weichen. Wir werden das Thema natürlich wieder auf die Tagesordnung setzen und uns für gut durchdachte Konzepte für individuelle Förderung einsetzen. Denn wir sind überzeugt, gute individuelle Förderung erspart das Sitzenbleiben“, kommentiert Astrid Rothe-Beinlich abschließend.



Halbherzige Anträge statt ernsthaftem Verbraucherschutz

Dr. Frank Augsten: Auch nach Dioxin-Skandal reagieren CDU und SPD unzureichend

„Der Freistaat Thüringen hat vielfältigste Möglichkeiten den Verbraucherschutz zu verbessern“, meint unser verbraucher-schutzpolitische Sprecher, Dr. Frank Augsten, anlässlich der heutigen Aussprache zum Thema „Verbraucherschutz in Thüringen stärken“ im Landtag. „Aus den Reihen der Regierungskoalition gab es lediglich Lobhudelei statt einer konsequenten Strategie für wegweisende Verbraucher-schutzpolitik“, erklärt Frank Augsten. „Der Antrag von SPD- und CDU-Fraktion ist aber wenig engagiert und in seinen Forderungen unzureichend.“ Unsere Fraktion hatte daher einen Alternativantrag eingebracht. Er wurde allerdings nicht einmal zur weiteren Beratung in den Ausschuss verwiesen.

„Thüringen braucht eine verbraucher-schutzpolitische Strategie, um seine Defizite zu beheben. Nicht zuletzt hat der Verbraucherindex 2010, der die Verbraucherschutzarbeit der Bundesländer bewertet, dem Freistaat ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. „Mit einem 13. Platz im Ländervergleich dürfen wir uns nicht zufrieden geben“, so Frank Augsten. „Für ein Land, das zu Recht stolz ist auf seine Ernährungswirtschaft, ist dieser Platz ein verbraucherpolitisches Armutszeugnis.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, die Arbeit der Verbraucherzentralen weiter zu stärken. „Deshalb muss ihre Finanzierung auf sichere Beine gestellt werden, die auf langfristigen Vereinbarungen fußt. Nur so kann der Vielfalt an Beratungsthemen und dem gestiegenen Bedarf begegnet werden“, sagt Frank Augsten weiter. Das vorhandene Netz an Beratungsstellen soll flächendeckend erhalten bleiben und in Bezug auf Personalausstattung und Öffnungszeiten leicht ausgebaut werden. Eine Konsequenz der Finanzkrise sollte die Stärkung der unabhängigen Beratung auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen sein. „Des Weiteren fordern wir eine Bunderatsinitiative, die den Auftrag dafür gibt, das Verbraucherinformationsgesetz umfassend und zu reformieren“, betont Frank Augsten abschließend.

Intelligente Verkehrspolitik statt Flickschusterei

Die in regelmäßiger Wiederholung geforderten Sofortgelder zum Schlaglochflicken sind an Langeweile nicht zu überbieten. Die Fraktion der Linken hat mit ihrer Forderung nach 30 Millionen Euro einmal mehr gezeigt, dass sie mit seriöser Haushaltspolitik nicht viel am Hut hat. Die SPD-Fraktion will die Verantwortung für die Straßenreparaturen einfach dem Bund zuschieben. Statt kurzfristiger Maßnahmen forderte Jennifer Schubert eine seriöse und realistische Verkehrspolitik. Eine Voraussetzung dafür ist, dass der Bundesverkehrswegeplan endlich von den durch die Länder-Wunschzettel verursachten teuren und unsinnigen Verkehrsprojekten entschlackt wird.

Ministerversorgung geregelt – aber nicht konsequent

Mit fast einem Jahr Verspätung hat sich die Landesregierung endlich an die Neuregelung des Ministergesetzes gemacht. Auch wenn es viel zu lange gedauert hat: Der Entwurf für die Neuregelung enthält viele inhaltliche Verbesserungen, viele Forderungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden berücksichtigt.

Am wichtigsten ist dabei die Tatsache, dass künftig Einkünfte aus der Privatwirtschaft mit dem Ruhegehalt der Minister verrechnet werden soll. Diese Regelung soll – eingeschränkt – auch rückwirkend gelten. Auch wenn über die nähere Ausgestaltung dieser Regelung noch zu reden sein wird. „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, mit dem die staatliche Alimentierung von Fällen wie Althaus und Trautvetter künftig verhindert werden kann“, meint Carsten Meyer, unser finanzpolitischer Sprecher.

Besonders zu begrüßen ist auch die Anpassung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre. Denn es ist nicht vermittelbar, dass Minister und Staatssekretäre Privilegien genießen sollten, von denen Rest der Bevölkerung nur träumen kann. Hier lässt der Entwurf der Landesregierung denn auch die wünschenswerten Konsequenzen vermissen: „Warum sollten wir nicht die Regelungen aus dem ALG-I-Bezug auch beim Übergangsgeld anwenden? Wie kann es sein, dass Staatssekretäre nach fünfjähriger Dienstzeit einen Anspruch auf ein Ruhegehalt in Höhe von 35 Prozent erhalten? Warum sollen Minister auf eine steuerfreie Aufwandspauschale angewiesen sein? Wo gibt so etwas bei normalen Beschäftigten?“ fragt Carsten Meyer.

Unsere Fraktion hofft hier auf ein Einsehen der Landesregierung. „Gerade Minister sind gut genug versorgt, um auf besondere Vergünstigungen verzichten zu können, ohne von den Almosen der Interessengruppen abhängig zu werden“, sagt Carsten Meyer. „Politiker wird man – zumindest bei uns – schließlich nicht nur um Geld zu verdienen, sondern auch aus Neigung, aufgrund von Fähigkeiten und von politischem Enthusiasmus. Wir hoffen, dass sich auch diese Erkenntnis allmählich auch bei der Landesregierung durchsetzt und werden uns weiter für eine vernünftige Neuregelung einsetzen. Politik ist nun mal das langsame Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Deshalb freuen wir uns sehr auf die Debatte im Ausschuss“, schließt Carsten Meyer.

Hohes Restrisiko - Thüringen sagt „Nein“ zur Atomkraft

Anja Siegesmund: Grüne Fraktion setzt auf breite Beteiligung an friedlichen Protesten

Unsere Fraktion unterstützt friedliche Proteste gegen den neuerlichen Castor-Transport durch Thüringen.

„Die Transporte sind teuer, gefährlich und die Folgen einer verfehlten Energiepolitik“, sagt unsere Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund. „Es wird Atommüll produziert, ohne eine Lösung für den sicheren Umgang damit zu haben, und damit das Gefährdungspotential ständig weiter erhöht – Restrisiko unabsehbar.“ Eine so genannte Endlagerung, die Radioaktivität einschließt bis sie kein Risiko mehr darstellt, ist gegenüber kommenden Generationen unverantwortlich. „Dass bislang alle Endlagerversuche gescheitert sind, sollte eine ausreichende Warnung sein“, so Anja Siegesmund. Sie verweist auch auf den in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Preis für Brennelemente. „Bei Atomkraft kann keineswegs von einer sicheren und günstigen Energie gesprochen werden.“ Zudem werden mit Laufzeitverlängerungen Investitionen auch Thüringer Stadtwerke in erneuerbare Energien entwertet.

Unsere Fraktion erwartet, nachdem bereits im Dezember ein Castor durch den Freistaat gerollt ist, eine wachsende Protestbewegung. „Wir setzen darauf, dass es bunten, gewaltfreien, aber dennoch deutlichen Widerstand geben wird“, sagt Anja Siegesmund weiter. „Die noch relativ junge Bewegung in Thüringen wird den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Möglichkeiten zur Beteiligung anbieten.“ Ein Höhepunkt wird die von zahlreichen Organisationen unterstützte Anti-Castor-Demonstration am 12. Februar in Erfurt sein. „Wir wollen mit möglichst vielen Teilnehmern ein klares Zeichen gegen die Atomkraft setzen und allen Menschen verdeutlichen, dass sie selbst etwas dagegen tun können – schon damit, dass sie gegebenenfalls ihren Stromanbieter wechseln“, schließt Anja Siegesmund.



Am 17. Januar beteiligten sich Anja Siegesmund, Dirk Adams und Astrid Rothe-Beinlich in Erfurt an der Plakataktion zu „Dresden nazifrei“. Am 19. Februar wollen tausende Menschen gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremen in der sächsischen Landeshauptstadt protestieren.



Anlässlich des europäischen Datenschutztages mahnte Dirk Adams mehr Achtsamkeit der BürgerInnen an. „Viele wissen gar nicht, welche Daten sie wo hinterlassen“, sagt unser innenpolitische Sprecher. So nutzen beispielsweise 61 Prozent aller deutschen Haushalte eine Payback-Karte. Mit jedem Einkauf werden Daten erfasst und so personenbezogene Einkaufsprofile geschaffen, in denen für Jahre Informationen gespeichert werden. „Somit gewähren die Nutzer einen umfassenden Einblick in ihre Privatsphäre“, betont Dirk Adams. Er fordert ein konsequentes Umdenken bei diesem Thema: „Einzig der Staat muss für die Bürgerinnen und Bürger transparent sein, alles andere sollte Tabu bleiben.“

Für humanitäres Bleiberecht

Astrid Rothe-Beinlich: Nützlichkeit darf kein Kriterium bei der Bewertung von Menschen sein

Wir unterstützen mit Nachdruck den von der Fraktion DIE LINKE eingereichten Antrag „Für ein humanitäres Bleiberecht“, der in der heutigen Plenarsitzung auf der Tagesordnung stand und haben dabei auf eine fraktionsübergreifende Unterstützung gehofft.

„Schon seit Jahren streiten auch wir Grünen auf allen Ebenen für eine wirksame und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung im Grundgesetz und haben dazu auch im Bundestag entsprechende Anträge eingebracht. Wir meinen: Langjährig hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern muss ein umfassendes Bleiberecht ermöglicht werden, das auch Kinder und EhepartnerInnen mit einbezieht. Zudem ist eine wirksame Regelung für einen Zugang zur Erwerbstätigkeit notwendig. Auch der Bezug von Sozialleistungen darf kein Grund sein, Menschen von der Bleiberechtsregelung auszuschließen“, so Astrid Rothe-Beinlich, unsere migrationspolitische Sprecherin.

„Wenn das Aufenthaltsrecht an die Schulnoten der Kinder geknüpft ist, bringt dies eine ungeheure Belastung für die Betroffenen mit sich. Hinzu kommt mitunter noch die Trennung von den Eltern. Diese Praxis ist alles andere als menschenwürdig. Nützlichkeit darf kein Kriterium sein, um über den Aufenthaltsstatus von Menschen zu entscheiden“, stellt Astrid Rothe-Beinlich klar.

Ende 2009 lebten in Deutschland zirka 89 500 Menschen in einer rechtlichen Grauzone – rechtlich geduldet aber ohne legales Aufenthaltsrecht. Fast 57 000 von ihnen leben bereits länger als sechs Jahre in Deutschland. Viele davon sind Kriegsflüchtlinge, die kein Asyl erhielten, aber auch nicht abgeschoben werden können. „Ebenfalls unterstützt wird von uns die Forderung nach einem Abschiebestopp gegenüber den Menschen, die aufgrund der angekündigten Aufnahme einer so genannten Bleiberechtsregelung in Paragraph 25 a Aufenthaltsgesetz Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis haben könnten“, so Astrid Rothe-Beinlich abschließend.

Der (fast schon traditionelle) Blick in Carsten Meyers Plattenschrank

Heute einige Tipps, die gut zur Jahreszeit passen, diesmal gemeinsam mit Sabine ausgesucht, einer netten Frau aus Weimar. Alles in Moll gehalten.

1. Achim Reichel: Regenballade

Dieses Stück von 1978 ist nach einer Ballade von Ina Seidel entstanden, einer zeitgenössischen Dichterin. Völlig passend zum Wetter.

2. Tom Waits: Ice Cream Man, 1973

Tom Waits ist, wie er ist, wunderbar für jede depressive Phase, zum Beispiel wenn man traurig ist, weil das Plenum schon wieder aus ist. Ansonsten natürlich vom Thema her zur Vorfreude auf den Sommer geeignet.

3. Udo Lindenberg: Cello, 1973

Dieser Mann konnte mal richtig singen. Ein Schulfreund von mir, heute Professor für Libellen oder so, fand besonders dieses Liebeslied sehr schön. Kann ich zustimmen.

WIR SEHEN UNS:

...am 7. Februar zur Podiumsdiskussion zum Thema „Die Europäische Bürgerinitiative - Placebo oder Problemlöser?“ mit Carsten Meyer im Haus Dacheröden in Erfurt

...am 9. Februar beim Fachgespräch „Energieeffizienz und Denkmalschutz“ mit Jennifer Schubert im Landtag

...am 10. Februar zur Aktion gegen die Rhöntrasse in Meiningen

...am 18. Februar beim Fachgespräch „Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft und seine Verfassungsmäßigkeit“ mit Astrid Rothe-Beinlich

(Weitere Informationen zu den Veranstaltungen auf unserer Homepage <http://gruene-fraktion.thueringen.de/>)

Facebook, Twitter, Youtube, Landtag – wir sehen uns, wo und wie ihr wollt!



Der nächste Newsletter erscheint am 25. Februar.

V.i.S.d.P.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen
Oliver Will und Theresa Junge
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt